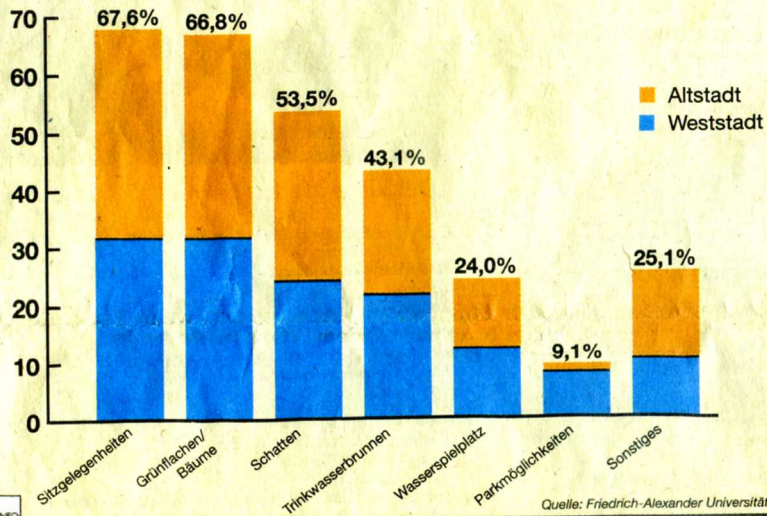


Gewünschte Veränderungen der Befragten für den Hauptmarkt



„Endlich wird es auch bei uns wärmer“

Politiker und Forscher diskutierten über Auswirkungen des Klimawandels in Nürnberg

Nürnberg am Meer? So weit wird es wohl nicht kommen. Doch der drohende Klimawandel fordert Lösungen – es geht um Gegenmaßnahmen und Anpassung.

Im Anschluss an die Präsentation der Studie (*siehe Bericht oben*) diskutierten Stadträte und Forscher, was der Klimawandel für Nürnberg bedeutet. Die Moderation übernahm NN-Redakteur Andreas Franke.

Perdita Pohle vom Institut für Geografie der Uni Erlangen-Nürnberg findet, dass Nürnberg mit dem Klimaschutzfahrplan „gut aufgestellt“ sei. In diesem ist etwa festgelegt, wie der Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂) verringert werden kann. Pohle vermisst allerdings ein Klimagutachten, um weitere Schwachstellen benennen zu können.

Auch Stadtrat Richard Würffel, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sieht darin ein „Versäumnis“. Derzeit werde so ein Gutachten erarbeitet. „Das aber hätte schon fünf Jahre früher passieren müssen“, so Würffel. Laut Studie gaben 31 Prozent der Befragten an, dem Klimawandel positive Seiten abgewinnen zu können – nach dem Motto: „Endlich wird es auch bei uns wärmer.“

Der Politiker benennt Schattenseiten des vermeintlichen „mediterranen Lebensgefühls“. „Wir werden viel mehr Strom für Klimaanlage ausgeben.“ Das wiederum untergrabe aber die Absicht, Energie einzusparen und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Orkane und Wolkenbrüche werden zudem öfter vorkommen. Bange werde ihm, wenn er an die steilen Spitzdächer der Altstadt denkt: Ziegel wer-

den weggerissen und Dachstühle zerstört.

Sebastian Brehm fordert Privatleute auf, beim Klimaschutz mehr in eigene Häuser zu investieren. Das bedeute schließlich auch eine „Investition in die Heimat“, so der CSU-Fraktionsvorsitzende. Zuschüsse aus öffentlicher Hand für Lösungen sehe er aufgrund klammer Kassen skeptisch. „Ich kann mir aber eine Sonderabschreibung vorstellen.“ Stichwort Umgestaltung Hauptmarkt: Brehm ist der Ansicht, wie die anderen Räte auch, „die Bürger in Sachfragen einbinden zu müssen“. ALEXANDER BROCK

@ Die Ergebnisse der Studie sind im Internet zu finden: <http://www.sociologie.wiso.uni-erlangen.de/> und <http://www.wirtschaftssoziologie.wiso.uni-erlangen.de/>